

## **EINWOHNERRAT THAYNGEN**

### **Protokoll**

Sitzung 5/2018

**des Einwohnerrates vom 15. November 2018, 19 Uhr, im Saal Restaurant Gemeindehaus**

**Vorsitz:** Marco Passafaro

---

**Protokoll:** Andreas Wüthrich

### **Präsenz:**

#### **Vom Gemeinderat sind anwesend:**

Philippe Brühlmann, Gemeindepräsident

Adrian Ehrat

Andrea Müller

Walter Scheiwiller

Rainer Stamm

#### **Vom Einwohnerrat sind anwesend:**

Regula Battistino

Doris Brügel

Heinrich Bühler

Kurt Bühler

Walter Bühler

Karin Germann

Manuela Heller

Martin Müller

Marco Passafaro

Renato Sala

Nicole Stump

Daniel Wanner

Urs Winzeler

Paul Zuber

**Entschuldigt:** Kurt Stihl

### **Traktanden**

1. Protokoll der Einwohnerratssitzung 04/2018 vom 23.08.2018
2. Kenntnisnahme von Finanz- und Aufgabenplan 2018 - 2022
3. Genehmigung Voranschlag 2019
4. Genehmigung von diversen Investitionsabrechnungen
5. Informationen aus dem Gemeinderat
6. Verschiedenes

**Marco Passafaro** eröffnet die Sitzung. Der Einwohnerrat hat heute die alljährliche Budget-Sitzung vor sich und die Einwohnerräte erhielten das Budget vor drei Wochen und hatten genug Zeit, um es zu studieren. Zuerst schaut man, wie das Budget herausgekommen ist. Es resultierte eine knappe rote Null. Noch erfreulicher wäre es, wenn es positiv wäre. Wenn man aber die

Kennzahlen anschaut, sieht man, dass die Gemeinde in gesunden Verhältnissen lebt, weshalb man auch in den Finanzausgleich einzahlen muss. Es verhält sich wie in einem Hotel. Auch dort muss investiert werden, ansonsten geht niemand ins Hotel. Es muss aber so investiert werden, dass man nicht in eine finanzielle Schieflage kommt. Das Budget zeigt, in welche Richtung es geht und ob es richtig ist, wird der heutige Abend zeigen.

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

## **1. Protokoll der Einwohnerratssitzung 04/2018 vom 23.08.2018**

Der Name **Manuela Heller** fehlt in der Anwesenheitsliste und muss nachgetragen werden.

Mit dieser Ergänzung wird das Protokoll stillschweigend genehmigt.

## **2. Kenntnisnahme von Finanz- und Aufgabenplan 2018 – 2022**

Das Wort hat **Rainer Stamm**. Er fängt mit einem Zitat an: Das Aufstellen des Budgets ist die Kunst, die Enttäuschungen gleichmässig zu verteilen. Dies ist ein Zitat von einem amerikanischen Regierungsbeamten.

Er beantragt das Rederecht für Michael Honegger, Firma swissplan.ch AG und Zentralverwalterin Kathrin Bosshard zu erteilen.

### **Abstimmung**

Michael Honegger, Finanz- und Aufgabenplaner und der Zentralverwalterin Kathrin Bosshard wird einstimmig das Rederecht erteilt.

Michael Honegger gibt nun zunächst Informationen über den Finanz- und Aufgabenplan. Im Fokus sind die vergangenen fünf Jahre und die finanzpolitischen Ziele des Gemeinderats. Schliesslich wird der Finanzplan mit den Schlussfolgerungen angeschaut. Der Finanzplan ist getrennt in den steuerfinanzierten Haushalt, welcher auch das Alterswohnheim beinhaltet und die drei Gebührenhaushalte, zu denen er nicht viel sagen wird.

Als Ausgangslage zeigt er auf zwei Grafiken die vergangenen fünf Jahre mit den wesentlichen Grössen. Es wurde jedes Jahr mehr investiert, in den fünf Jahren insgesamt Fr. 30 Mio. Die Selbstfinanzierung betrug Fr. 14 Mio., weshalb ein Defizit von Fr. 16 Mio. resultiert. Die Selbstfinanzierung ging zurück und im Jahr 2015 war das knappste Jahr. Im Jahr 2016 erfolgte die Steuererhöhung, weshalb die Selbstfinanzierung wieder stieg. Mit der Selbstfinanzierung können Investitionen finanziert werden.

Ein gutes Zeugnis kann bei den laufenden Kosten ausgestellt werden. Die Ausgaben stiegen nicht mehr, als die Einwohner zugenommen haben. Thayngen gibt pro Kopf nicht überdurchschnittlich viel aus im laufenden Betrieb und es ist gelungen, eine Stabilität zu erzielen. Stabil oder rückläufig war leider auch der Ertrag. Massiv geprägt ist der Haushalt mit dem grossen Investitionsprogramm. Die finanzpolitischen Ziele des Gemeinderats bestehen darin, eine

ausgeglichene Rechnung und eine positive Selbstfinanzierung zu präsentieren. Die Verschuldung sollte nicht mehr als Fr. 25 Mio. betragen, was im Jahr 2017 nicht erreicht wurde. Die hohen Fondsbestände sollen bewirtschaftet werden. Mit Ausnahme der Verschuldung wurden alle diese Ziele erreicht.

Im Finanzplan, der von 2018-2022 dauert, nimmt man eine steigende Bevölkerungsentwicklung auf 5'610 Einwohner an. Die Konjunkturprognose ist positiv. Die Wirtschaft läuft und die Zinsen sind tief, eigentlich der richtige Zeitpunkt, um Schulden zu machen. HRM2 bringt die grossen Änderungen im Abschreibungsmodus, wo aber heute schon eine lineare Abschreibung stattfindet. Die Steuervorlage 2017 könnte grössere Auswirkungen haben, welche noch nicht berücksichtigt wurden.

Michael Honegger zeigt nun konkreter die Zahlen von Thayngen mit der Ertragskurve. Die Budgets gehen vom gleichen Steuerfuss von 92 % und stabilen Erträgen aus. Der Steuerfuss ist immer noch unter dem Mittelwert des Kantons. Die tabellarische Zusammenstellung des Finanzplans ist mehr aufgrund der Vollständigkeit drin. Im Plan geht man von einer leicht steigenden Selbstfinanzierung auf Fr. 2 Mio. oder Fr. 2.5 Mio. aus. Allein im Jahr 2013 konnte man mehr Schulden abbauen als generieren.

Erfreulich ist, dass es gelungen ist, die Kosten pro Einwohner im Jahr 2019 tiefer als im Vorjahr anzusetzen. Dies reicht noch nicht, um die laufende Rechnung auszugleichen. Bei der Rechnung ist man auch abgesehen vom Jahr 2019 in der Planperiode immer im Minus.

Der Selbstfinanzierungsanteil zeigt, wie viele Franken vom Ertrag finanziert werden können. In der Gemeinde Thayngen ist dies derzeit 6-7 %, was vom statistischen Amt des Kantons Schaffhausen als ungenügende Selbstfinanzierung betrachtet wird. Dies ist auch der Grund, dass das Vermögen weiter aufgebraucht wird und die Nettoschuld auf Fr. 37 Mio. ansteigt. Es wird wahrscheinlich keine andere Schaffhauser Gemeinde so stark verschuldet sein wie Thayngen. Ein solcher Finanzplan ist eher selten. Die verzinslichen Schulden stiegen seit dem Jahr 2014 an und steigen längerfristig auf über Fr. 50 Mio., was als kritisch angeschaut wird.

Die Schlussfolgerung besteht darin, dass die Ziele des Gemeinderats nicht mehr alle erreicht werden können. Die laufende Rechnung ist nicht mehr ausgeglichen und die Schulden steigen auf Fr. 52 Mio. Wenn von steigenden Zinsen ausgegangen werden kann, macht dies mehr als 3 % der Steuereinnahmen aus, was er als viel betrachtet. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt nur bei 28 % in diesen fünf Jahren. Dieser Plan erfordert Massnahmen, damit es nicht so kommt. Es braucht eine Priorisierung der Investitionsvorhaben und kostendeckende Taxen im Alterswohnheim. Das strikte Kostenmanagement muss beibehalten werden. Eine weitere Massnahme könnte im Verkauf von Finanzvermögen bestehen. Die wichtigste Folie zum Schluss zeigt, was ein gesunder Finanzhaushalt ausmacht. Er hängt von der vorhandenen Substanz (Nettovermögen, Verschuldung), den Nettoinvestitionen und der erzielten Selbstfinanzierung ab. Keinen Einfluss haben die Wahl der Abschreibungsmethode, die Auflösung von Fondsbeständen, die Umbuchung von zweckgebundenem Eigenkapital in zweckfremdes Eigenkapital und die Aufwertung/Neubewertung von Finanzvermögen.

Die Situation muss ernst genommen werden und der gesunde Haushalt der letzten Jahre ist kein Selbstläufer.

Gemäss **Rainer Stamm** ist das eingetreten, was er angenommen hat.

**Paul Zuber** erkundigt sich, ob Michael Honegger nicht der Ansicht ist, dass man angesichts des Selbstfinanzierungsgrades schon zu spät handelt. Man hätte schon länger den Selbstfinanzierungsgrad mit höheren Steuern heraufsetzen müssen und nicht nur mit sparen.

Gemäss Michael Honegger bestehen die drei Handlungsfelder laufende Ausgaben, wo man in den letzten drei Jahren viele Massnahmen traf, dass diese nicht steigen. Das andere ist der Steuerfuss und auch die Heimtaxen müssen nochmals erwähnt werden. Es ist schweizweiter Standard, dass sich die Heime selbst finanzieren müssen. Wenn sie in der Gemeinderechnung sind, besteht die Gefahr einer Querfinanzierung. Die Selbstfinanzierung ist um die Hälfte zu tief. Der grösste Hebel ist die Investitionsseite, wo wirklich gefragt werden muss, ob alles nötig ist. Er teilt das Votum von **Paul Zuber**, dass der Steuerfuss in Thayngen am Minimum ist und nicht wieder sinken wird.

### 3. Genehmigung Voranschlag 2019

Grundlage ist das Überweisungsschreiben des Gemeinderats vom 23. Oktober 2018.

Das Wort hat **Rainer Stamm**. Er gibt einen Überblick über die laufende Rechnung und die Investitionsrechnung.

Die Einwohnerzahl ist leicht steigend. Der Steuerfuss beträgt 92 % und die Gebühren bleiben gleich. Das Globalbudget der Schule bleibt gleich und die Taxen im Alterswohnheim werden angepasst. Die Lohnsumme wird um 1.5 % erhöht. Die Abschreibungen im Alterswohnheim werden erstmals wieder voll verrechnet. Die Steuereinnahmen bei den juristischen Personen haben sich leicht erholt. Ein leichter Rückgang resultiert bei den natürlichen Personen. Vor der Fusion im Jahr 2004 und ohne Steuererhöhung stand nicht so viel zur Verfügung wie heute. Der Gemeinde setzt sich eine straffe Ausgabenbudgetierung zum Ziel und das Investitionsvolumen soll auf das Dringendste beschränkt werden.

Aufwendungen von Fr. 35'087'700.-- stehen Erträge von Fr. 34'988'200.-- gegenüber, was einen Aufwandüberschuss von Fr. 99'500.-- ergibt. Der Personalaufwand ist um Fr. 195'400.--, d.h. 2.2 % gestiegen, wobei 1.5 % Lohnerhöhung darin sind sowie auch fast Fr. 50'000.-- für Mitarbeiter des Alterswohnheims und der Spitex in Form einer Sonderprämie, um sich für die Bauphase erkenntlich zu zeigen.

Er erläutert nun weitere einzelne Abweichungen gegenüber dem Budget 2018. Der Nettoaufwand in der Bildung steigt um 3.3 %, d.h. Fr. 217'200.--. Die Anzahl beschulter Kinder nimmt zu und liegt aktuell bei 608. Daher steigen die Ausgaben für die Lehrerbesehung um Fr. 120'800.--. Die Globalbudgetpositionen steigen um Fr. 22'800.-- zum Vorjahr. Die Nettokosten beim Schwimmbad steigen um Fr. 196'800.-- und sind damit um Fr. 50'900.-- über dem Budget 2018. Höhere Unterhaltskosten resultieren auch beim Sportplatz/Sporthaus und der Gesundheit. Bei der Spitex können die bisher an die Krankenkasse verrechneten Materialien nicht mehr eingefordert werden, daher weist sie ein Defizit von Fr. 28'600.-- aus. Bei der sozialen Wohlfahrt sinken die

Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um rund Fr. 0.5 Mio. Die Krankenkassenprämienverbilligungen an den Kanton steigen auf Fr. 285.-- pro Einwohner. Dies bedeutet fast Fr. 300'000.-- oder zwei Steuerprozent mehr. Es handelt sich um gebundene Kosten. Die Abschreibungen im Alterswohnheim in der Höhe von Fr. 940'000.-- werden ab dem Jahr 2019 der Rechnung des Alterswohnheims berechnet. Um fast Fr. 1.5 Mio. steigen die Erträge. Auch dort können die Materialien nicht mehr in Rechnung gestellt werden. Mit einem Ertragsüberschuss von Fr. 600.-- schliesst die erste Rechnung des Alterswohnheims ab. Die Gemeindebeiträge sind gestiegen. Die Aufwendungen im Verkehr sind leicht gestiegen. Die Nettoaufwendungen bei der Umwelt- und Raumplanung sinken gegenüber dem letzten Jahr leicht. Die Wasserzinserträge erlauben einen positiven Abschluss. Es wird mit Fr. 1 Mio. Wassergebühren gerechnet und der Erneuerungsfonds füllt sich um Fr. 108'200.--. Die tiefen Abwassergebühren bescheren das erwartete Defizit. Die Einnahmen aus Abwassergebühren betragen Fr. 680'000.--. Beim Kehricht ist immer noch keine vollständige Spezialfinanzierung eingerichtet, aber es werden im Jahr 2019 nur noch etwa 5 % durch Steuern finanziert. Mit der Umstellung auf HRM2 wird für Kehricht und Sperrgut die Spezialfinanzierung Pflicht.

Der Gemeindesteuerertrag erhöht sich um Fr. 155'000.-- im Vergleich zum Voranschlag 2018. Beim Finanzausgleich werden Fr. 10'800.-- mehr Aufwand budgetiert. Die Abschreibungen steigen.

In der Investitionsrechnung betragen die Gesamtaufwendungen Fr. 8'189'000.--, d.h. sie sind um 35 % tiefer als in der ersten Lesung des Budgets. Die Erträge werden mit Fr. 905'000.-- budgetiert. Die Nettoinvestitionszunahme beträgt Fr. 7'284'000.--, die Abschreibungen betragen Fr. 2'849'300.-- und der Aufwandüberschuss in der laufenden Rechnung beträgt Fr. 99'500.--, was einen Finanzierungsfehlbetrag von Fr. 4'534'200.-- ergibt.

Das Budget wurde zum letzten Mal nach HRM1 erstellt. Es soll die Grundlage und Möglichkeiten liefern, damit unsere Mitarbeiter/innen zusammen mit den politischen gewählten Organen ihre Arbeit für das Dorf leisten können.

**Doris Brügel** erkundigt sich, weshalb im Jahr 2019 damit gerechnet wird, dass die Steuereinnahmen der juristischen Personen ansteigen.

Gemäss **Rainer Stamm** werden diese vom Kanton veranlagt und aufgrund von Rückfragen beim Kanton schätzte man den Betrag. Es ist schwierig, die schwankenden Einnahmen bei den juristischen Personen zu budgetieren.

**Paul Zuber** erkundigt sich, ob im laufenden Rechnungsjahr der Aufwand und Ertrag im Rahmen sind.

Gemäss **Rainer Stamm** werden innerhalb des Gemeinderates Halbjahres- und Quartalsberechnungen erstellt. Es gibt aber auch immer Ausserordentliches, wie zu ersetzende Maschinen, was zu einem einzelnen Übersteigen des Budgets führen kann. Eine Gesamtbetrachtung kann aber noch nicht geliefert werden.

Gemäss **Paul Zuber** hat der Kanton eine solche Betrachtungslage herausgegeben.

**Adrian Ehrat** stellt nun die Investitionen beim Hochbau vor. Der Ausbau der Tagesstruktur in Thayngen erfordert eine Investition von Fr. 100'000.-- in den Ausbau der alten Kanzlei. Im Reckensaal wird ein neuer Geschirrspüler zum Betrag von Fr. 31'000.-- gekauft. Im Kindergarten Merzenbrunnen müssen Renovationsarbeiten im Innenbereich gemacht und das Heizungssystem zusammengeschlossen werden. Im Reiatschulhaus müssen die Fenster zum Betrag von Fr. 185'000.-- ersetzt werden. Beim Schwimmbad muss ein neuer Reinigungsroboter zum Preis von Fr. 36'000.-- gekauft werden. Bei der Reckenturnhalle und der Sporthalle Stockwiesen muss die Beleuchtung auf LED umgerüstet werden. Die Restfinanzierung des Alterswohnheims beträgt Fr. 4.7 Mio.

Bei der Feuerwehr wird gemäss **Philippe Brühlmann** ein neuer Mannschaftstransporter gekauft. Beim Scheibenstand werden Kugelfangkästen erstellt. Ab dem 01.01.2021 darf kein Schuss mehr ins Erdreich abgegeben werden. Investitionen bezüglich kontaminierten Erdreichs sind in Abklärung.

**Walter Scheiwiler** präsentiert nun drei Strassenbaustellen auf einer Karte. Beim Wasser und Abwasser müssen einige Leitungen ersetzt werden.

Gemäss **Rainer Stamm** steht eine weitere Etappe der Drainagesanierungen im Unteren Reiat an.

**Kurt Bühler** spricht im Namen der GPK. Es entspricht alles den gesetzlichen Vorschriften und Anforderungen. Das Budget ist mit Einbezug des Finanz- und Aufgabenplans 2018-2022 erstellt worden und liefert viele Fragezeichen für die Zukunft. Die Beiträge für Prämienverbilligungen der Krankenkassen und das Alterswohnheim steigen, dies trifft aber für alle Ausgaben in allen Bereichen zu. Die Frage ist, wie als Gegenpol Einnahmen generiert werden können. Ein Ende der Ausgabenspirale ist nicht in Sicht. Das Hauptziel liegt in der kostendeckenden Führung des Alterswohnheims. Da kann jeder von uns mithelfen mit einer positiven Ausstrahlung in den Kanton und die Region. Eine negative Berichterstattung ist nicht förderlich, um das Alterswohnheim auszulasten. Die GPK wies auf verschiedene Sparpotenziale hin, so bei der IT und kleinere Sachen wie Telefonkosten und Einkaufskoordination. Die Fremdverschuldung übersteigt die Zielvorgabe des Gemeinderats, was die Planung und Ausführung der Investitionen nicht einfach macht. Der Erwartungsdruck an die Investitionen ist hoch. Aufhorchen lassen die Steuererträge. Bei den juristischen Personen sind sie erfreulich, aber trotz steigender Einwohnerzahl steigen die Einnahmen der natürlichen Personen nicht. Als Fakt stellen sie fest, dass der Gemeinderat am Sparkurs festhält. Die Gefahr einer Verschärfung der Verschuldung steigt. Es gibt zwei Varianten, dagegen etwas zu unternehmen: Abbau des Finanzvermögens oder Erhöhung des Steuerfusses, was unausweichlich sein wird. Sodann muss die Ansiedlung von Gewerbe und Industrie gesteigert werden. Investitionen müssen nach Wissen und nicht nach Wollen getätigt und hinterfragt werden. Die Einführung des Rechnungsmodells HRM2 wird uns auch beschäftigen. Die GPK beantragt, dem Voranschlag so zuzustimmen und den Steuerfuss bei 92 % zu belassen.

### **Eintreten**

**Doris Brügel** spricht im Namen der Grünen/GLP-Fraktion. Sie sind für Eintreten, aber wenn man den Finanz- und Aufgabenplan 2018-2022 liest, hat man einige Fragen. Die finanzpolitischen

Ziele sind klar formuliert: Das Ergebnis der laufenden Rechnung soll ausgeglichen sein, was nicht ganz erreicht wird. Die Schuldengrenze von maximal Fr. 25 Mio. wird nicht ganz eingehalten. Der Steuerfuss unter dem kantonalen Mittelwert wird erreicht. Die Fondsbestände können reduziert werden. Die ersten zwei Ziele sind wichtiger als der Steuerfuss. Wenn der Selbstfinanzierungsgrad 2018-2022 nur 28 % statt 100 % beträgt, dann wachsen unsere Schulden ohne Unterbruch. Beim Budget haben sie festgesetzt, dass sich der Gemeinderat sehr bemüht, die Ausgaben zu senken, also muss bei der Einnahmenseite etwas verändert werden. Die Aussichten auf mehr Einnahmen ohne Steuererhöhung sind nicht da und das Risiko, dass die Zinsen nächstes Jahr steigen, ist gross. Sie wollen nicht einfach die Augen verschliessen vor dieser Entwicklung und lieber jetzt ein wenig mit dem Steuerfuss heraufgehen, um eine ausgeglichene Rechnung zu erzielen. 1 % bedeutet für ein mittleres Einkommen Fr. 200.-- pro Jahr und schmerzt weniger als 7 %. Mit einem solchen guten Finanzausgabenplan kann man agieren und ist nicht gezwungen, zu reagieren. Es kommen dann noch Fragen und Bemerkungen und vielleicht Anträge.

**Paul Zuber** spricht im Namen der SP-Fraktion. Sie ist der Meinung, dass es ein straffes Budget ist. Auf der Ausgabenseite wurde gleich wie in den letzten zwei Jahren darauf geschaut, nur das Allernötigste zu machen. Auf der Einnahmenseite kann man bei den juristischen Personen ev. etwas mehr einnehmen und bei den natürlichen Personen sagt der Finanzreferent, dass wir eher weniger Einnahmen als im Vorjahr, trotz eines Zuwachses an Steuerzahlern und neuen Wohnungen, erzielen. Es kommt ev. Ende Jahr nicht so schlecht heraus wie geplant. Die Lohnerhöhung für das Personal von 1 % ist gerechtfertigt. Es ist zunehmend schwierig, in unserem Randkanton mit durchschnittlichem Lohn Personal in den verschiedenen Einrichtungen zu bekommen. Es kann somit vorgebeugt werden, dass Stellen nicht besetzt werden können. Die Selbstfinanzierung taucht immer häufiger an der Budgetsitzung auf. Dies wird jedes Jahr, indem wir nicht schwarze Zahlen schreiben, wichtiger. Verbesserungen erzielt man nur auf der Einnahmenseite. Wenn man sich vor Augen hält, dass wir immer ein Sparbudget hatten, ist es wichtig, dass man auch auf der Einnahmenseite ehrlich sein und eine Steuererhöhung diskutieren oder verwirklichen muss. An den Finanzausgleich zahlt Thayngen am meisten von allen Gemeinden, weil in der Berechnungsgrundlage Thayngen immer noch so gut da steht, wogegen wir uns nicht wehren können. Er kann alle Investitionen nachvollziehen, aber eine Gemeinde wie Thayngen ist am Punkt, wo geschaut werden muss, dass nicht nur das Nötigste gemacht werden soll, sondern auch das, was erforderlich ist, um attraktiv zu bleiben. Sachen sollen in diesem Sinne nicht auf die lange Bank geschoben werden. Wenn keine Personen mehr nach Thayngen kommen, fehlen auch die Einnahmen. Der Investitionsplan ist bekannt und es muss eine Balance mit der Steuerseite gefunden werden, damit man attraktiv für Vereine, Eltern und Kinder etc. bleibt. Die Schaffhauser Nachrichten publizierten gestern einen schönen Artikel, der aussagen will, dass die SP Thayngen die Alterswohnheimtaxen nochmals angreifen will, was nicht stimmt. Die SP stimmte dem Stellenplan zu und bleibt auch dabei. Es muss nun dem Alterswohnheim die Chance gegeben werden, um zu zeigen, dass es nicht den politischen Druck braucht, um zu sparen. Sie werden daher heute keine Anträge zum Alterswohnheim stellen.

**Walter Bühler** spricht im Namen der SVP-/EDU-Fraktion. Diese ist auch für Eintreten. Das Ziel des Gemeinderats war ein ausgeglichenes Budget, was nicht erreicht wurde. Ohne individuelle Lohnerhöhung könnte man schon fast ein ausgeglichenes Budget erzielen. Bei den juristischen Personen wird mit Steuereinnahmen von Fr. 0.5 Mio. etwas hochgepokert und man weiss nicht, ob es kommt oder nicht. Sie sind für Eintreten.

**Kurt Bühler** spricht im Namen der FDP-Fraktion. Sie wehren sich gegen die Kommentare, wonach die Gemeinden und Kantone nichts für das Budget können. Bund, Kantone und Gemeinden sind wir, und es soll jedes Mal bei Abstimmungen überlegt werden, was man mit ja oder nein ausfüllt. Es sind gerade die Killer, welche uns auf der Ausgabenseite einholen. Steter Tropfen höhlt den Stein, der Gemeinderat macht viele gute Sachen und sie sind der Meinung, dass er sich unter dem Wert verkauft. Z.B. könnte die Investition in die Kugelfanganlagen im Thaynger Anzeiger publiziert werden. Anstelle der Absage von Einwohnerratssitzungen könnten Arbeitsgruppen mit Einwohnern und der Bevölkerung gegründet werden, wo Lösungen gesucht werden, um die Einnahmen zu steigern und die Ausgaben zu mindern.

### **Abstimmung**

Es wird einstimmig Eintreten beschlossen.

Das Budget wird nun seitenweise durchgegangen.

#### Konto O „Allgemeine Verwaltung“

**Karin Germann** ist aufgefallen, dass im Budget 2019 eine Lohnentwicklung von 1.5 % oder Fr. 132'300.-- vorgesehen ist, wovon 1 % generell und 0.5 % individuell ausgerichtet werden sollen. Dazu kommen noch die Sonderprämien von Fr. 50'000.--, was Fr. 182'300.-- ergibt. Bereits in den Jahren 2016 und 2017 wurden 0.5 % bzw. 1 % gewährt, was über der durchschnittlichen Jahresteuern liegt. Es soll daher nur eine generelle Lohnerhöhung auf das nächste Jahr gewährt werden. Dies macht zusammen mit der Sonderprämie auch etwas mehr als 1.5 % aus. Die individuelle Lohnerhöhung soll somit gestrichen werden, was das Budget um rund Fr. 44'000.-- entlastet. Im Jahr 2018 liegt die Jahresteuern bei 0.8 % bis 1 %. Auch andere Unternehmen haben Lohnerhöhungen von 0.5 % bis 1 % angekündigt.

**Philippe Brühlmann** weist darauf hin, dass 1 % generell vorgesehen sind, damit die Stundenlöhner auch etwas bekommen. Die restlichen 0.5 % sollen gute Leistungen honorieren. Dies ist absolut verdient. Die Mitarbeiter im Alterswohnheim haben eine Höchstleistung geboten, daher sind der Bonus von Fr. 50'000.-- wie auch die 0.5 % individuellen Lohnerhöhungen gerechtfertigt.

Das Minus im Budget entstand nicht wegen den 1.5 %, sondern bei der individuellen Krankenkassenprämienverbilligung. Wenn diese nicht um Fr. 300'000.-- angestiegen wäre, hätte man ein positives Budget. Das Personal soll honoriert werden.

Nach der Meinung von **Paul Zuber** kann die Gemeinde an dieser Stelle auch mit einem tiefen Frankenbeitrag positive Signale nach aussen geben. Es ist schwierig, Personal ohne gute Löhne aufzutreiben und gutes Personal zu behalten. Es könnten auch Fr. 100'000.-- an einem anderen Ort gespart werden.

### **Abstimmung**

Der Antrag von **Karin Germann** lautet, die Lohnerhöhung auf 1 % herabzusetzen.



Ja 6  
Nein 7

#### Konto 210.311.01 „Neuanschaffungen PC, Drucker etc.“

**Karin Germann** erkundigt sich, was da angeschafft werden soll.

Gemäss **Andrea Müller** läuft die EDV-Geschichte in einem Planungsrahmen von fünf Jahren. Es kehrt immer wieder, einmal ist der grosse Budgetposten bei der Primar-, dann bei der Orientierungsschule. Es handelt sich zum grossen Teil um Ersatzbeschaffungen. Der Gerätepark ist 6-10 Jahre alt und es sollen 50 Notebooks für 125 Schüler angeschafft werden, damit auf Windows 10 aufgerüstet werden kann. Die Geräte, die noch gehen, werden in den Silberberg verschoben.

#### Konto 219.300.00 „Besoldungen Schulbehörde“

Nach dem Wissen von **Heinrich Bühler** wurden im Jahr 2018 Schulbehördenaufgaben vom Schulleiter übernommen. Die Schulbehörde ist zu einem Kopfnickgremium abgesunken, weshalb nicht gleich viel wie im Jahr 2018 budgetiert werden soll.

Nach der Antwort von **Andrea Müller** trifft es zu, dass es schon Schulleiter gibt, die angestellt sind, aber rechtlich haben sie noch nicht die Kompetenzen. Es braucht dazu auch noch eine Volksabstimmung. Nichts desto trotz gibt sie ihm aber recht, dass das Arbeitspensum bereits an den Schulleiter abgegeben worden ist, ausser den Schulbesuchen. Sie ist persönlich auch der Meinung, dass, wenn sich das Arbeitsumfeld ändert, auch das Salär angepasst werden soll, was man auch auf das Jahr 2019 hätte vornehmen können. An der letzten Schulbehördensitzung wurde das Thema angesprochen und die Schulbehörde wollte selbst einen Vorschlag erarbeiten. Sie weiss nicht, ob dies schon geschehen ist. Das gleiche Thema betrifft auch die Anzahl Mitglieder. Auch von der Schulbehörde kam die Meinung, dass man es auf drei verkleinern könnte. Sicher muss es an der nächsten Schulbehördensitzung traktandiert werden, wenn heute kein Antrag auf Herabsetzung der Besoldung kommt.

**Heinrich Bühler** verzichtet auf einen Antrag.

#### Konto 217 „Tagesschule im Reiatschulhaus“

**Kurt Bühler** erkundigt sich, ob die Senkung damit zu tun hat, dass die Schule im Juli 2019 nach vorne kommt.

Gemäss **Andrea Müller** werden im Juli 2019 die Tagesschule, der Hort und der Mittagstisch unter einem Dach sein. Es soll noch die Änderung auf HRM2 abgewartet werden, dann wird auch alles unter einem Dach verbucht. Die Verminderung hängt mit der Pensenanpassung und der gesunkenen Belegung zusammen. Da die Verordnung im Kanton über schulergänzende Tagesstrukturen noch nicht verabschiedet ist, wissen sie noch nicht, wie viele Einnahmen vom Kanton kommen.

Nach dem Verständnis von **Heinrich Bühler** war ein Grund für die Verlegung der Tagesschule die zentrale Lage, die Auslastung müsste daher zunehmen.

Laut **Andrea Müller** muss das Gesamtpaket besser da stehen.

Konto 340 „Schwimmbad“

**Paul Zuber** stellte fest, dass man bei den Löhnen etc. wieder bei den gleichen Zahlen ist. Damit die Badi läuft, braucht es Personal.

**Rainer Stamm** kann es aus dem Kopf heraus sagen, dass die Nettobelastung früher um Fr. 50'000.-- höher war.

**Karin Germann** erkundigt sich, ob ein zusätzlicher Einsatz von Personen geplant ist, nachdem der Einwohnerrat für das Jahr 2019 eine Stelle genehmigt hat. Sie fragt um wieviel Prozent es zusätzliches Personal braucht. In welcher Funktionsstufe wird es eingestuft und wie hoch ist die Jahresbesoldung? Werden die am 23.08.2018 genehmigten Stellen von 108.2 überschritten?

Nach der Antwort von **Philippe Brühlmann** handelt es sich beim zusätzlichen Personal um Aushilfen. Ausgehend von einem so guten Sommer wie dieses Jahr braucht es die Aushilfen, um den Bademeister zu Spitzenzeiten zu entlasten. Die Aushilfen sind im Pool der nebenamtlichen Funktionäre und Aushilfen. Der Bademeister ist in Lohnband vier, die Aushilfen sind im Lohnband zwei. Der genehmigte Stellenplan wird nicht überschritten.

Konto 589.351.00 „Beiträge an Lastenausgleich (Finanzierungspool)

**Doris Brügel** erkundigt sich, weshalb es noch einen Lastenausgleich braucht, wenn es schon den Finanzausgleich gibt.

Gemäss **Philippe Brühlmann** gab es ein Problem bei teuren Massnahmen der KESB, die kleine Gemeinden in Schieflage bringen konnten. Der Kanton schuf daher einen Ausgleichspool, in den alle Gemeinden einzahlen. Damit wird nun verhindert, dass kleine Gemeinden in Schieflage geraten.

**Rainer Stamm** ergänzt, dass in der Summe aller fürsorglichen Bereiche auch hier eine Steigerung vorgesehen ist.

**Andrea Müller** ergänzt, dass die Sozialhilfebehörde einen sehr guten Job macht. Als wir selbstverantwortlich für unsere Leute waren, waren die Kosten des Kontos tief. Nun, da das System gewechselt hat, zählen wir wieder zu den Verlierern und zahlen an andere Gemeinden.

Konto 700.380.00 „Einlage in den Erneuerungsfonds Wasser (2.020.462.00)“

**Doris Brügel** erkundigt sich, was mit dem Erneuerungsfonds geschieht. Gibt es ein Reglement, das fest hält, wie hoch er steigen soll? Wieso wurde nichts daraus entnommen?

Gemäss **Rainer Stamm** ist hinten aufgeführt, wie sich der Fonds entwickelt und er sagte es an der Präsentation. Aufgrund der langjährigen Prognosen erfolgen in den ersten paar Jahren höhere Einlagen und später tiefere. Später werden auch vermehrt Abschreibungen die laufende Rechnung belasten. Es sind Fr. 1.6 Mio. erreicht. Es sollte ohne Reglement plus minus Fr. 1 Mio. schwanken, damit es auf die eine oder andere Seite bewirtschaftet werden kann. Die Gelder werden im positiven wie im negativen Sinn verzinst. In ein oder zwei Jahren soll wieder Bilanz gezogen werden bei den Tarifen Wasser und Abwasser.

Nach der Ergänzung von **Walter Scheiwiller** hat die Wasserversorgung ca. Fr. 50 Mio. wert, d.h. es müssen pro Jahr ca. Fr. 1 Mio. investiert werden, um die Qualität beizubehalten.

Konto 905.390.00 „Verrechnungen Besoldungen“

**Regula Battistino** erkundigt sich, weshalb sie auf das Doppelte gestiegen sind.

Gemäss **Rainer Stamm** erfolgte eine Anpassung an die effektiven Kosten, die früher zu tief drin waren.

Konto 942.423.01 „Pachtzinseinnahmen“

**Regula Battistino** erkundigt sich, wieso die Pachtzinsen gestiegen sind. Es ist ein guter Zweck.

Gemäss **Walter Scheiwiller** wurde der Gesamtaufwand der Schrebergärten berechnet und mit den Pachtzinsen verglichen. Es stimmte nicht mehr. Man fragte die Schrebergartenbesitzer an, ob sie einen Verein gründen wollten, und der Pachtzins wäre tief geblieben. Sie wollten keinen Verein gründen und wollten, dass die Gemeinde die Arbeit macht. Sie wollen somit lieber mehr bezahlen.

**Rainer Stamm** ergänzt, dass nicht einmal nach einer Erhöhung des Wasserzinses eine Anpassung gemacht wurde und im Vergleich mit anderen Schrebergärten ist man tief.

## INVESTITIONSRECHNUNG

Konto 219.503.02 „Reckenturnplatz Tartanbahn“

**Urs Winzeler** stellt den Antrag, dass der Reckenplatz und der Platz neben der Turnhalle erneuert werden. Der Platz wurde im Jahr 1975 gebaut und seither wurde nichts gemacht. Der Turnverein kam mit dem Anliegen an den Gemeinderat und der Bauamtsleiter arbeitete ein Projekt aus. Der Gemeinderat stellte es jedoch auf unbestimmte Zeit zurück. Die Tagesschule kommt auf den nächsten Sommer nach vorne und die Spielmöglichkeiten sind beschränkt. Der Turnverein zahlt selbst auch einen Beitrag daran und hat weitere Sponsorengelder organisiert.

Im Budget der Gemeinde soll der Betrag von Fr. 182'000.-- in die Investitionsrechnung aufgenommen werden, um gemäss Plan ein Tartanplatz zu erstellen und den restlichen Belag auch zu erneuern.

Nach der Antwort von **Adrian Ehrat** war es in der Tat ein gut vorbereitetes Projekt. Der Antwortbrief des Gemeinderats war nicht sehr gut und er schätzt die Arbeit der Vereine sehr. Von Seiten der Bauverwaltung wurde jedoch mitgeteilt, dass in zwei bis drei Jahren ohnehin der Schwarzelag ersetzt worden wäre. Die Schule war nicht auf einen Allwetterplatz angewiesen, weshalb sie die Investition nicht als prioritär erachtete. Ausser der finanziell prekären Lage ist der Gemeinderat der Meinung, dass der Standort für einen Allwetterplatz schlecht ist, da viel Vandalismus stattfindet. Die Gemeinde Thayngen hat viele Vereine, welche von der Schulinfrastruktur profitieren können und auch der Fussballverein wird unterstützt. Es wäre sicher gut gewesen, aber aus Investitionsgründen waren sie der Meinung, dass es der falsche Platz und nur ein Wunschprojekt war. Wenn sie vom Einwohnerrat den Auftrag erhalten, das Projekt wieder aufzunehmen, werden sie dem nachkommen. Er weiss aber nicht, woher der Betrag von Fr. 182'000.-- kommt und es drohen Mehrkosten. Es müssten mindestens Fr. 200'000.-- in das Budget genommen werden. Es kann allenfalls noch aufbereitet, aber nicht unvorbereitet in das Budget genommen werden.

Gemäss **Kurt Bühler** unterstützt die FDP-Fraktion das Projekt. Aber das Projekt ist nicht breit abgestützt. Es stellt sich die Frage, ob auch der zweite Platz gemacht werden soll. Es soll daher vom Gemeinderat im Frühling ein ausgearbeitetes Projekt im Einwohnerrat vorgelegt werden.

Gemäss **Urs Winzeler** sollte die Kostenschätzung von Fr. 182'000.-- mit den Beiträgen von Dritten reichen. Das Projekt ist aber nicht ausgegoren. Was passiert mit dem Hort und der Tagesschule, die einen ungenügenden Spielplatz haben? Der Turnverein könnte sicher mit einer Lösung in einem halben Jahr leben, die dann für alle gut ist. Der Betrag soll jetzt aber einmal fest hereingenommen werden.

Gemäss **Rainer Stamm** muss der Bruttobetrag budgetiert werden, was Fr. 250'000.-- ist.

Nach der Meinung von **Adrian Ehrat** kann der Platz genutzt werden. Ev. kommt später auch der Turnverein Unterer Reiat, der auch einen neuen Platz will. Es wurden Fr. 4 Mio. an Investitionen gestrichen, ohne dass etwas an der Qualität von Thayngen abgeht. Es handelt sich um einen Wunschbedarf.

Gemäss **Renato Sala** muss in gewisse Sachen auch investiert werden, wenn es über dem dringendst Notwendigen ist. Die Zeit läuft ev. etwas davon, aber sie sollte genutzt werden, um es gut zu erarbeiten. Man soll mit anderen Vereinen auch das Gespräch suchen, wenn Projekte kommen.

**Kurt Bühler** will noch festhalten, dass es nicht ein Projekt des Turnvereins Thayngen, sondern von ganz Thayngen inkl. Schule etc. sein soll.

Für **Walter Bühler** kommt der Antrag für einen neuen Sportplatz zu spät. Er hätte vor zwei Jahren schon kommen sollen. Er hat Respekt, dass der Turnverein auch etwas beiträgt, aber es soll nicht so kurzfristig etwas in das Budget genommen werden.

Gemäss **Andrea Müller** sagte die Schule nein, weil sie andere Prioritäten hat. Im Schulhaus Silberberg haben die Kinder weder eine Turnhalle noch so einen schönen Platz. Es wäre schön, aber es liegt nicht drin.

Nach der Auffassung von **Philippe Brühlmann** wurden offenbar die Ausführungen zu Traktandum zwei nicht zu Herzen genommen. Es ist wahr, dass andere Gemeinde schönere Plätze haben, aber dafür sind andere Sachen in einem schlechteren Zustand. Es handelt sich durchaus um ein gutes Projekt, aber es soll kein Schnellschuss gemacht werden.

### **Abstimmung**

Der Antrag von **Urs Winzeler** lautet, Fr. 250'000.-- für die Erstellung eines Tartanplatzes gemäss Plan in das Budget einzustellen.

Ja	8
Nein	5

Gemäss **Rainer Stamm** werden die Konti auf der Habenseite auch entsprechend korrigiert.

### **Abstimmung**

Der Antrag des Gemeinderats lautet:

1. Dem Voranschlag 2019 der Einwohnergemeinde Thayngen wird zugestimmt.

Ja	12
Nein	1

2. Gestützt auf den Voranschlag sowie aufgrund des kantonalen Steuergesetzes wird für das Jahr 2019 ein Gemeindesteuerfuss von 92 % der einfachen Gemeindesteuer erhoben.

Der Antrag von **Doris Brügel** lautet, den Steuerfuss um 2 % auf 94 % zu erhöhen.

Ja	3
Nein	9
Enthaltungen	1

Damit ist der Antrag des Gemeinderats angenommen.

## **4. Genehmigung von diversen Investitionsabrechnungen**

Grundlage ist das Überweisungsschreiben des Gemeinderats vom 27. August 2018.

Das Wort hat **Kurt Bühler** im Namen der GPK. Es handelt sich um 11 Positionen, die alle für richtig befunden und mit dem Finanzreferenten und wenn nötig mit den anderen Referenten besprochen wurden.

## Abstimmung

Die GPK stellt den Antrag, es seien die vorerwähnten Investitionsabrechnungen Nr. 1 bis 11 gemäss beiliegender Zusammenstellung und aufgrund des Prüfungsberichts der GPK vom August 2018 zu genehmigen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

### 5. Informationen aus dem Gemeinderat

**Andrea Müller** informiert über das Asylwesen. Zurzeit sind 15 Asylanten in der Gemeinde, d.h. die Pflicht von 31 Plätzen ist nicht erfüllt. Es besteht jedoch angesichts der tiefen Asylzahlen keine Ausgleichspflicht. Der Bestand beim Kanton ist in den letzten Jahren immer gleich geblieben. Dies ist wohl auf den Familiennachzug zurückzuführen. Der Verteilschlüssel wird vom Kanton auf Ende Jahr überarbeitet werden.

Bei den Tagesstrukturen begann Matthias Gerth als neuer Gesamtleiter der Tagesstrukturen. Die Umfragebogen für die Bedarfsermittlung wurden verteilt, gehen ein und sind in der Auswertung. Solange die kantonale Verordnung „schulergänzende Tagesstrukturen“ noch nicht in Kraft ist, stehen die Rahmenbedingungen auch noch nicht fest. Der Umbau in der alten Kanzlei läuft gut.

In der Kinder- und Jugendkommission sind sie an der Umsetzung des Massnahmeplans für das UNICEF-Label. In der Stockwiese wird ein Polysportcamp angeboten. Der Schülerrat wurde nun auch in der Oberstufe eingeführt.

Ab August 2019 wird eine Generationenspielgruppe im Alterswohnheim angeboten. Die Freizeitkurse finden regen Anklang. Samira Hüttenegger hat ihre 30 %-Stelle im Schulsekretariat gestartet. Die Jugendtreffleiterin hat gekündigt und die Stelle wurde bereits wieder ausgeschrieben.

**Rainer Stamm** informiert, dass ein Treffen mit Vertretern der unteren Reiatregionen betreffend Gründung einer Kommission mit dem Ziel, wenn möglich auf dem ganzen Gemeindegebiet eine Güterkorporation mit Reglement zu erstellen, anberaunt ist.

**Philippe Brühlmann** informiert über die Einwohnerzahl. Der Gemeinderat hat das Projekt Polizeiposten Adlerscheune sistiert. Die Begründung liegt darin, dass eine Kostensteigerung von fast Fr. 200'000.-- nach der Feinplanung ersichtlich war. In Absprache mit der Departementsvorsteherin werden Alternativen geprüft. Kanton und Gemeinderat halten weiterhin am Polizeiposten fest.

Gemäss **Adrian Ehrat** liegt die Bau- und Nutzungsordnung zur Bewilligung beim Kanton. Bei der Sporthalle ist die Wärmepumpe ausgestiegen. Im Dezember oder spätestens in der ersten Sitzung 2019 wird er mit einem Antrag von rund Fr. 200'000.-- an den Einwohnerrat treten.

**Walter Scheiwiler** beantwortet noch eine offene Frage von **Urs Winzeler** betreffend Vergabeverfahren. Er wird ihm dies an der nächsten Sitzung erklären und auch Ausführungen zur Kommission Aufwertung Kirchplatz machen.

## 6. Verschiedenes

**Marco Passafaro** gibt den Rücktritt von **Daniel Wanner** aufgrund einiger beruflicher Änderungen und anderer persönlicher Prioritätensetzung bekannt.

**Manuela Heller** bedankt sich für den guten Abend.

**Regula Battistino** regt an, dass mehr für die Informationsveranstaltung zum Budget geworben wird.

Schluss der Sitzung: 22:05

Der Aktuar:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Wanner', is written on the page.